

23. Mai 2000

Der Neoliberalismus ist die Verschärfung, nicht die Lösung von Krisen

Mit dem Regierungswechsel in Bonn¹ im Herbst 1982 wurde die Abkehr von einer mit vielen Einschränkungen als sozialstaatlich orientierten und mit keynesianischen Elementen versetzten Wirtschaftspolitik besiegelt. Die eigentliche Wende hatte bereits 1981/82 unter dem SPD-Kanzler Schmidt stattgefunden, der spätestens mit der ‚Haushaltsoperation ‚82‘ der konservativen Politik den Weg geebnet hat. Praktisch zur gleichen Zeit wurden ähnliche Kurswechsel in den USA und in Großbritannien vollzogen.²

Die neokonservative Konterrevolution (Tobin), die im Wesentlichen auf den in den 60er Jahren entwickelten Ideen Milton Friedmans und seiner „Chicago-Boys“ beruht und über die der Nobelpreisträger Paul A. Samuelson höhnte „Zum Lachen!“, war beziehungsweise ist die interessenkonforme Theorie zur ideologischen Legitimation der Antwort des Kapitals und der den Kapitalinteressen verpflichteten Regierungen auf den Strukturbruch in der ökonomischen Entwicklung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.

Die neoliberale Interpretation

Die tiefe Krise 1974/75, damals von Vielen als die Zweite Weltwirtschaftskrise bezeichnet, konnte noch als ein „normaler“ konjunktureller Einbruch interpretiert werden, dessen besonderer Verlauf durch die sogenannte Ölkrise verschärft wurde. Eine neue Erscheinung war jedoch, daß der Aufschwung danach – abgesehen von dem Jahr 1976 - nur unbefriedigende Wachstumsraten bei anhaltender Arbeitslosigkeit brachte und bereits 1980 wieder abbrach. Die tiefe konjunkturelle Krise und die unbefriedigende Erholung danach wurden als Betriebsunfall hingestellt. Mit dem Hinweis auf die ökonomische Entwicklung von 1949 bis in die 70er Jahre wurde die

¹ 1. Oktober 1982

² In GB erfolgte der Wechsel zur Thatcher-Regierung mit der Wende zu dem Monetarismus 1979, in den USA wurde 1981 durch Reagan die Wende zur Angebotspolitik vollzogen.

Auffassung vertreten, daß gewinngesteuerte Marktwirtschaften in der Lage seien, stetiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität zu gewährleisten, soweit ihre Funktionsmechanismen ungestört wirken können. Die in den 70er Jahren eingetretene Fehlentwicklungen sind nach dieser Lesart nicht Resultate unzureichender Koordinierungskraft des marktwirtschaftlichen Systems, sondern im Gegenteil Folgen marktwidriger Interventionen des Staates und überzogener Ansprüche der Gewerkschaften, die unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen eingetreten sind.

Dem muß entgegengehalten werden: Nur ein unglaublich kurzes Gedächtnis und ein völliger Mangel an analytischen Fähigkeiten oder gezielte Täuschung erlauben es zu behaupten, daß ein unregulierter Kapitalismus Wohlstand für alle bringt, zu verschweigen, daß die neoklassische Ideologie eine wesentliche Ursache für den katastrophalen Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 und damit in Deutschland für das Aufkommen des Faschismus war und so zu tun, als ob die kurze Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg der Normalfall kapitalistischer Entwicklung sei.

Entwicklung der Produktivkräfte und Verelendung

Vergessen oder verdrängt wird bei solchen Behauptungen: Der Kapitalismus - als ein sich selbst koordinierendes Gesellschaftssystem – ermöglichte im 19. Jahrhundert eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte brachte für die Masse der abhängig Beschäftigten jedoch Verelendung und führte zu einer extremen Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die Fabriken waren Schauplätze brutaler Ausbeutung. Sechzehn- ja Achtzehnstudentage bei Löhnen, die kaum die physischen Reproduktionskosten deckten, waren die Regel. Unmenschliche Wohnverhältnisse in wachsenden städtischen Elendsquartieren, in denn 50er Jahren die Tendenz sinkender Reallöhne und damit die Schwierigkeit, sich ausreichend zu ernähren, und die in den Konjunkturkrisen immer wiederkehrende hohe Arbeitslosigkeit kennzeichneten die Lage des Proletariats. Die ersten Proteste der Arbeiterinnen und Arbeiter dagegen waren keine politischen Aktionen, sondern Verzweiflungsschreie gegen Hunger, Überarbeitung, schlechte Entlohnung und Wohnungselend.

Voraussetzungen und Folgen der Industrialisierung waren neben der Verelendung die Zusammenballung großer Menschenmassen . Sie ermöglichte den Zusammenschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter. Nach einer Reihe von Verboten (Koalitionsverbot bis 1869), Verurteilungen, Aussperrungen und Demütigungen kam es in den 90er Jahren zu einer starken Entwicklung der Gewerkschaften. Ihnen gelang es in langen, von vielen Rückschlägen gekennzeichneten, zähen Kämpfen die materielle Lage der abhängig Beschäftigten in den

hochindustrialisierten Ländern deutlich zu verbessern.³ Wesentliche Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf waren das hohe Wirtschaftswachstum und der starke Anstieg der Produktivität

Das hieß allerdings weder damals noch heute: Überwindung von Ausbeutung und Entfremdung. Arbeiterinnen und Arbeiter sind - unabhängig von der persönlichen Einstellung der Unternehmer - systembedingt für die kapitalistischen Unternehmen ein Kostenfaktor, der bei Strafe des Unterganges gesenkt werden muß. Das Kapital ist an Arbeitskräften interessiert, nicht an Menschen.

Vergessen oder verdrängt wird bei der Behauptungen, daß ein unregulierter Kapitalismus zu allgemeinem Wohlstand führt: Die Krisen bis zum Ersten Weltkrieg waren periodisch wiederkehrende Phasen in einer generell wachsenden und sich zunehmend globalisierenden Wirtschaft. Aber bereits Ende des 19. Jahrhunderts läßt die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung deutlich nach. In den 80er Jahren setzt sich der „Tendenzielle Fall der Profitrate“ gegen seine Gegenteilstendenzen immer deutlicher durch.⁴ Die angeblich „goldenen“ 20er Jahren des 20. Jahrhunderts sind dann durch einen grundlegend neuen Akkumulationstypus geprägt.

Die säkulare Stagnation in der Zwischenkriegszeit

Nach der Krise 1920/21 – in Deutschland nach 1923 - erholte sich der Kapitalismus in den hochindustrialisierten Ländern nur unvollkommen. Die Industrieproduktion stieg im Verhältnis zur Vorkriegszeit nur noch schwach an, die Kapazitätsauslastung der Industrie blieb mit knapp 80% unbefriedigend. Das hervorstechende Merkmal war die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit, die im Unterschied zu früheren Konjunkturaufschwüngen auf hohem Niveau verharrte. In Deutschland betrug die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung 1924 = 8,9%, 1925 noch 8,3%, 1926 sogar 18,8%, 1927 = 8,8% und im Höhepunkt der Konjunktur - im August 1927 - noch über 5%⁵. In Großbritannien fiel die

³ Die wirtschaftsendogenen Krisen und die zunehmenden sozialen Spannungen ließen die der Historischen Schule zuzurechnenden Ökonomen die klassische Annahme der harmonischen Selbststeuerung der befreiten Wirtschaft als unbewiesene und unbeweisbare Naivität überwinden. Dem sozialen Elend ihrer Zeit stellten sie das sittliche Element als Zielfunktion gegenüber. Sie forderten Regulierung der Privatwirtschaft durch sittliche Grundsätze, die durch das Eingreifen des Staates durchzusetzen seien, Ausdehnung der Staatswirtschaft zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben und insbesondere Ausbau der karitativen Sphäre.

⁴ S. Dumenil, Gerad, u.a. Stages in the Development of US-Capitalism, in: Moseley, Fred/Wolff, Edward (Hg.) International Perspectives on Profitability and Accumulation, Aldershot/Brookfield 1991

⁵ Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/M., Wien 1969, S. 132 ff.

Arbeitslosenquote niemals unter 10 %, in den Skandinavischen Ländern verharrte sie bei rund 18 %.⁶ Nur in den USA erreichte sie mit 4 % in Etwa den Vorkriegsstand.

In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 stieg die Arbeitslosigkeit (nach amtlichen Statistiken, die die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit der Landarbeiter nicht erfaßten) bis 1933 in Deutschland auf 44,7%, in den USA auf 31%, in England auf 23,2 % (Voll arbeitslose Industriearbeiter). Diese Krise war aber nicht nur die längste und schwerste in der Geschichte des Kapitalismus, sondern zugleich auch die erste, die nicht von einem kräftigen Aufschwung abgelöst wurde. Sie ging in eine längere Depressionsphase über. In dem sogenannten Aufschwung nach 1933 verharrte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien bei 17 % und in Schweden sowie in den USA bei 20 %. Die durchschnittlichen Wachstumsrate des Sozialproduktes blieben mit durchschnittlich 0,8 % p.A. weit hinter der Vorkriegsentwicklung zurück.

Der relativ schwache Boom nach der Krise 1920/21 und insbesondere die Weltwirtschaftskrise mit der unzureichenden Erholung wurden damals als bedrohliche Symptome einer überzyklischen, strukturellen Krise, als Beginn einer „säkulare Stagnation“ (A.H. Hansen) gedeutet. Scharf wandte sich John Maynard Keynes (1883-1946) gegen die herrschenden Harmonievorstellungen:

„Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.“⁷

Diese beiden gravierenden Mängel sind für Keynes nicht ein Betriebsunfall, sondern systembedingte Folgen des kapitalistischen Regulierungssystems, die die Bedingungen ihrer Existenz unterhöheln.

„Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die, von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen - nach meiner Ansicht unvermeidlich - mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird. Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren.“⁸

Um die dem System immanenten Fehlentwicklungen abzubremsen, d.h. um die Wirtschaft wieder auf Vollbeschäftigungsniveau zu bringen, muß seiner Meinung nach der Staat eingreifen. Bereits 1926 forderte er eine planmäßige staatliche Lenkung der privaten Kapitalanlagen⁹. Im Mai 1929, also noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, betonte

⁶ S. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München 1995, S. 115 ff.

⁷ John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie des Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dtsh Berlin 1936, S. 314.

⁸ John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie, S. 321.

⁹ John Maynard Keynes, The End of Laissez faire.

Keynes, daß eine optimale Ausnutzung der Ressourcen öffentliche Investitionen erfordere, die durch zusätzliche Kredite zu finanzieren seien¹⁰.

„In Zuständen des Laissez faire kann sich daher die Vermeidung großer Schwankungen der Beschäftigung ohne eine weitgehende Änderung in der Psychologie der Investitionsmärkte, die zu erwarten wir keinen Grund haben, als unmöglich erweisen. Ich folgere, daß die Aufgabe, die laufende Menge der Investitionen zu leisten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann“¹¹.

Keynes revolutionäre Erkenntnis ist die Einsicht, daß entgegen der klassisch-neoklassischen Ideologie nur eine Kombination von staatlicher und marktwirtschaftlicher Steuerung eine befriedigende wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Die Beschränkung auf eine Politik der Gestaltung und Sicherung des marktwirtschaftlichen Rahmens lehnt er kategorisch ab. Er sieht die zwingende Notwendigkeit, daß der Staat die Investitionen und den Konsum direkt steuern muß. Reicht die private Investitionstätigkeit nicht aus die vorhandenen Ressourcen zu nutzen – wovon er ausgeht - , muß der Staat selbst Investitionen durchführen.

„Der Staat wird einen leitenden Einfluß auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch die die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. Ferner scheint es unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zins genügend sein wird, um eine Optimumrate der Investitionen zu bestimmen. Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“¹²

Um das kapitalistische System zu retten, bedarf es - nach Keynes - also einer kollektiven Kraft, des Staates, die das als zielwidrig erkannte Verhalten der Mikroeinheiten kompensiert.

„Ich selbst bin einigermaßen zweifelnd geworden über den Erfolg einer lediglich geldlichen Politik, die darauf abzielt, den Zinsfuß zu beeinflussen. Ich bin daher darauf gefaßt, daß der Staat ...eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investition übernehmen wird.“¹³

Die Ergebnisse dieser Analyse, die Keynes selbst als gemäßigt konservativ charakterisiert, die auf eine Erhaltung, nicht auf eine Überwindung der kapitalistischen Regulation zielten, stießen weltweit auf breite Zustimmung an den Hochschulen, aber auf eisige Ablehnung des Kapitals.¹⁴

¹⁰ John Maynard Keynes, A Program of Expansion.

¹¹ John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie, S. 320.

¹² John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie, S. 318.

¹³ John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie, S.138.

¹⁴ S. FN. 18

Gemischte Wirtschaften nach dem II. Weltkrieg

Auf Grund der Erfahrungen mit der Großen Weltwirtschaftskrise waren viele Regierungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg davon überzeugt, daß eine Rückkehr zum Laissez-faire-Kapitalismus nicht in Frage käme.¹⁵ Insbesondere US-amerikanische und britische Politiker knüpften an die Ideen von Keynes an, daß das freie Unternehmertum vor sich selbst gerettet werden müsse.

Anders in der Bundesrepublik Deutschland. In weiten Kreisen der Bevölkerung herrschte die Auffassung, daß eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft durch Sozialisierung bzw. zumindestens eine Teilsozialisierung notwendig sei, um eine erneute Entwicklung zu einem Faschismus hin zu verhindern. Dieser starken Strömung setzte der Ordo-Liberalismus, eine Varianten des Neoliberalismus, die in den 30er Jahren von Franz Böhm, Alexander Rüstow, Walter Eucken, u.a. entwickelte wurde, das Schreckensbild eines Kollektivismus entgegen.

Die Ablehnung des „Kollektivismus“ wurde mit dem Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus begründet und mündete in einer Kritik an einem ungezügeltten Kapitalismus. Die Monopolisierung der Wirtschaft habe Hitler die Gleichschaltung der Wirtschaft erleichtert. Die eigentliche Stoßrichtung des Kampfes gegen den Kollektivismus war jedoch der Kampf gegen den Sozialismus. Auch im Sozialismus habe der Staat eine absolute Macht. Der Sozialismus wird von Neoliberalen mit Stalinismus gleichgesetzt und „sei die eigentliche und möglicherweise tödliche Krankheit unserer Zeit“ (Röpke). Dem werden Ideen entgegengesetzt, deren Nähe zur NS-Ideologie in krassem Widerspruch zu der immer wieder betonten Ablehnung des Nationalsozialismus stehen. So fordert Röpke eine Dezentralisierung der Industrie und der Bevölkerung in neuen kleinen Zentren, eine „Entmassung, Deproletarisierung, Entkollektivierung, Verbäuerlichung, Verhandwerklichung“ etc.¹⁶

Mit einem „starken“ Staat, der

„der unparteiisch und machtvoll über dem wirtschaftlichen Interessenkampf steht, ganz im Gegensatz zu der verbreiteten Auffassung, daß dem 'Kapitalismus' eine schwache Staatsgewalt entsprechen müsse“.¹⁷

¹⁵ Vergl. Eric Hobsbawn, Das Zeitalter der Extreme, München/Wien 1995, S. 344.

¹⁶ Wilhelm Röpke, Civitas Humana, Erlenbach/Zürich 1944, 1. Aufl., 1949³, S. 84.

Wilhelm Röpke, Civitas Humana, Erlenbach/Zürich 1949⁴, S. 210. Vgl. Zu dem Abschnitt: Reinhard Blum, Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1969, S. 38 ff.

¹⁷ Wilhelm Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach/Zürich/ Stuttgart 1961⁹, S. 303.

sollte eine Rahmenordnung für die Marktwirtschaft geschaffen werden, in der sich die Wirtschaft frei entfalten kann, ohne durch Konzentration zu erstarren. Jeder Art von keynesianischem Interventionismus wurde damit eine schroffe Absage erteilt.

In der Praxis setzte sich allerdings auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Mischung dieser neoklassischen Vorstellungen mit interventionistischen Regelungen durch. Diese „gemischte Wirtschaft“ schien das neue Erfolgsrezept zu sein, Es war jedoch nicht die staatliche Wirtschaftspolitik, es waren ganz besondere, quasi frühkapitalistische Bedingungen, die in Westeuropa zwischen 1950 und 1973 die Wirtschaft prosperieren ließen und die dazu führten, daß in den 60er Jahren Vollbeschäftigung erreicht wurde. Dank der gewerkschaftlichen Aktivitäten und nicht zuletzt auf Grund der Systemkonkurrenz konnten in dieser Zeit beachtliche Verbesserung der sozialrechtlichen Sicherung und der materiellen Lebensbedingungen für Viele durchgesetzt werden.

Das Ende der kurzen Prosperität

Mitte der 70er Jahre mündet die Entwicklung der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten wieder in dem Fahrwasser der 30er Jahre. Trotz einiger Unterschiede ist festzustellen, daß sich seit dem der hochindustrialisierte Kapitalismus wieder in der Phase befindet, die A.H. Hansen als „säkulare Stagnation“ bezeichnet hat. Angesichts der unverkennbaren Parallelen zu den 20er Jahren, hätte es nahe gelegen, sich auf die Keynesianischen Konzepten zu besinnen, diese konsequent einsetzen und sie weiter zu entwickeln. Das Ende der kurzen Prosperität bildete jedoch den Humus für die neokonservative Wende in Theorie- und Ideologiebildung, wie in der praktizierten Wirtschaftspolitik. Mit dem Hinweis auf den gescheiterten Keynesianismus wird die Notwendigkeit der „Entfesselung“ der Marktkräfte begründet.

Das „Scheitern“ des Keynesianismus

Abgesehen davon, daß mit dieser Wende alle Erfahrungen aus den 20er Jahren ignoriert werden und abgesehen davon, daß mit dieser Aussage die mangelnden analytischen Fähigkeiten die besonderen Bedingungen der einmaligen Prosperitätskonstellation zu erkennen belegt werden, wird hier ein Scheitern behauptet, das nie stattfinden konnte. Zwar gab es in den USA und in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Bundesrepublik Deutschland nach 1965 Ansätze, die die neoklassische Wirtschaftspolitik mit keynesianischen Elementen verbanden, eine konsequente, auf Keynes Analyse aufbauende Wirtschaftspolitik hat es jedoch zu keinem Zeitpunkt in keinem Land gegeben. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital wäre jeder Versuch in dieser Richtung am

Widerstand des Kapitals gescheitert. Das zeigen bereits die Diskussionen um die Konzepte von Keynes seit den 30er Jahren und vor allem die Debatten um Deregulierung seit den 70er Jahren. Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerte Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen: Lohnsteigerungen, da hier sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers wie insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist, als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, daß sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können. Kalecki hat bereits in den vierziger Jahren von einem „politischen Konjunkturzyklus“ gesprochen und den Widerstand der Unternehmer gegenüber aktiver Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert:

„Die >Führer der Wirtschaft< widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich.
2. Das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums).
3. Das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird.¹⁸

Die strukturelle Überakkumulation

Um zu erkennen, daß die neokonservative Konterrevolution die gegenwärtigen Probleme nicht zu lösen vermag und die zukünftigen zwangsläufig verschärft, müssen die Ursachen der heutigen krisenhaften Entwicklung untersucht werden. Charakteristisch für die längerfristige Entwicklung der Wirtschaft in den wichtigsten kapitalistischen metropolen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, ist ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit zyklendurchschnittlich abnehmenden Zuwachsraten des Sozialproduktes. Abnehmende Wachstumsraten sind also nichts neues, aber im Unterschied zu den Aufschwungsphasen vor dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg sehen wir seit Beginn des 7. Nachkriegszyklus, d.h. seit 1975:

☞ **daß die Arbeitslosigkeit im Zuge des Aufschwunges nicht abgebaut wird¹⁹,**

¹⁸ Michael Kalecki, Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: M. Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg 1987, S. 235f.

¹⁹ Vor dem Ersten Weltkrieg schwankten die Arbeitslosenquoten, soweit wir sie statistisch erfassen können, zwischen rd. 7% in der Rezession und unter 1% in den Boomphasen, s. Knut Borchardt, Wandlungen des Konjunkturphänomens in den

- ☞ daß die Armut auch in den reichen Ländern zunimmt,
- ☞ daß Überkapazitäten trotz massenhafter Konkurse über den Zyklus hinweg bestehen bleiben,
- ☞ daß eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat.

Jede zyklische Belebung begann bis in die siebziger Jahre mit einer Erneuerung des Maschinenparks. In jeder Prosperitätsphase wurden zusätzliche, technisch fortschrittlichere Anlagen installiert. In jedem Abschwung wurde ein Teil der Produktionsmittel entwertet oder vernichtet. Die Folge war, am Beginn jedes neuen Zyklus standen mehr und technologisch wirkungsfähigere Anlagen bereit, als zu Beginn des vorangegangenen.

Für die längerfristige Entwicklung hieß das:

- ☞ gemäß der technischen Entwicklung wuchs die **Mehrwertrate**,
- ☞ gemäß des Wachstums des Kapitals wuchs die **Profitmasse**,

dies bedeutete aber auch:

- ☞ gemäß des Ersatzes von Menschen durch Maschinen fiel die **Profitrate**, das heißt der Gewinn pro eingesetzter Geldeinheit.

Die in allen hochindustrialisierten, kapitalistischen Ländern zu registrierende Tendenz der längerfristig, d.h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, fallenden Profitrate hat zwar zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt, war aber solange unproblematisch, wie die fallenden Profitraten durch steigende Profitmassen kompensiert werden konnten.

Neu ist nun seit Mitte der siebziger Jahre, daß die längerfristige Akkumulationsrate, das heißt, das neue, zusätzlich gebildete Realkapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen, nicht mehr ausreicht, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Folge ist, seit Mitte der siebziger Jahre sinken tendenziell bei deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern es sinkt auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse. Mit dieser als **Strukturelle Überakkumulation** zu bezeichnenden längerfristigen Entwicklung sind die kapitalistischen Systeme in eine neue Entwicklungsphase eingetreten.

Mit „Struktureller Überakkumulation“ wird hier eine Phase bezeichnet, in der durch zusätzliche **Realkapitalakkumulation** tendenziell die gesamtgesellschaftliche Profitmasse nicht mehr gesteigert werden kann. Strukturelle Überakkumulation ist nicht allein Folge des Falls der Profitrate. Der Fall der Profitrate wird erst dann zum Problem für die Profitmasse, wenn diese nicht mehr gesteigert werden kann.

Der Punkt der Strukturellen Überakkumulation ist erreicht, wenn die Akkumulationsrate kleiner wird als die negative Veränderungsrate der Profitrate. Von diesem Punkt an kann die Akkumulationsrate die Auswirkungen der kontinuierlich fallenden Profitrate auf die Profitmasse nicht mehr kompensieren, so daß diese fällt. Da die Akkumulationsrate selbst längerfristig von der fallenden Profitrate bestimmt wird, kann die Akkumulationsrate, die notwendig wäre, um eine steigende Profitmasse zu garantieren, längerfristig nicht aufrechterhalten werden, das heißt längerfristig ist die Überakkumulationskrise unausweichlich.²⁰

Verschärfung der Krise

Strukturelle Überakkumulation ist eine längerfristig sich anbahnende, absehbare Entwicklung, die im Unterschied zur zyklischen Überakkumulation nicht auf falschen Signalen seitens des Marktes beruht. Sie wird nicht wie die zyklische Einbrüche zwangsläufig hingenommen. Sie beseitigt keine Disproportionen, sondern gefährdet den Bestand der kapitalistischen Systeme. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profitmasse signalisieren Überakkumulation und fordern strategisches Handeln seitens der Kapitale. So ist zu erklären,

- ☞ **daß die Realinvestitionsquote deutlich zurückgegangen ist,**
- ☞ **daß die Unternehmer versuchen, ihre Investitionen auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu beschränken,**
- ☞ **daß sie auf Kosten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und**
- ☞ **eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden.**

Mit diesen kapitalimmanent logischen, betriebswirtschaftlich rationalen Maßnahmen können die Einzelkapitale kurzfristig ihren Gewinn stabilisieren, längerfristig verschärfen sie jedoch damit - ähnlich wie von Harrod analysiert - die strukturelle Überakkumulation. Die

²⁰ Eine Steigerung der Akkumulationsquote kann dabei kurzfristig für eine Entlastung sorgen, aber sie kann nicht größer als 1 werden.

zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäten vernichtenden Zentralisierungsstrategien bremsen zwar kurzfristig den Fall der Profitrate, bewirken aber gleichzeitig eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate, so daß der kritische Punkt von dem ab die Akkumulationsraten den Fall der Profitrate nicht mehr kompensieren kann, von dieser Seite her schneller erreicht wird.

Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation - deutlich abzulesen an der gesunkenen Investitionsquote - bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet, daß das zyklendurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität über dem Wachstum des SP liegt. Eine solche Konstellation muß zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften führen.

Längerfristig abnehmende Beschäftigung heißt abnehmende Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus, zumal mit zunehmender langanhaltender Massenarbeitslosigkeit die sozialstaatlichen Transfersysteme an ihre Grenzen geraten und damit ihre abfedernde Funktion verlieren. Wird dieser akkumulationsbedingte Ausfall an effektiver Nachfrage nicht durch staatliche Aktivität oder zunehmende Nachfrage aus dem Ausland (Exportüberschuß) kompensiert, führt dies zu weiterer Reduzierung der Investitionsgüternachfrage. Es entwickelt sich ein *circulus vitiosus* mit zunehmender Arbeitsplatzvernichtung.

Mit der zunehmenden Geldkapitalbildung und den daraus erzielten Zins- und Spekulationserträgen konnten in den letzten Jahren die sinkenden Erträge beziehungsweise Verluste im Produktionsbereich auf Kosten der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vielfach kompensiert werden.

Besonders erfolgreich im Sinne des Kapitals war zudem die Stabilisierung der Profitrate durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Der Abbau von Sozialstaatlichkeit als Reaktion auf die strukturelle Überakkumulation hat seit Mitte der 80er Jahre zu einer Verringerung des Falls der Profitrate geführt. Der Preis dafür ist zunehmende soziale Ungleichheit, wachsende Armut und steigende soziale Spannungen kurz eine Zerstörung der Zivilgesellschaft und damit auch eine Gefährdung der wesentlichen Voraussetzungen für Produktivitätssteigerungen.

Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Profite waren und sind:

- Die Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer.
- Verstärkte Ausplünderung der Dritten Welt.
- Externalisierung von Kosten zu Lasten der Umwelt und
- Zunehmende Inanspruchnahme des Staates durch Subventionen.

Diese Gegenstrategien, die in den 80er Jahren den Fall der Profitrate stoppen konnten, haben eins gemeinsam: Sie stabilisieren kurzfristig den Profit der Kapitale zu Lasten einer längerfristigen Gewinnerzielung, vor allem aber auf Kosten der Gesellschaft und der Natur. Die strukturelle Überakkumulation erfordert die genannten Maßnahmen zu forcieren. Daraus folgt nicht die „große“ Krise, nicht der Zusammenbruch, sondern eine zunehmende Irrationalität der kapitalistischen Systeme. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten zeigt besonders deutlich, daß die kapitalistischen Systeme an ihre **historische Schranke** gestoßen sind. Die auf die reaktionäre neoliberale Ideologie aufbauenden Strategien der Unternehmen, wie die der kapitalorientierten Regierungen hemmen beziehungsweise pervertieren die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und verschärfen damit die gegenwärtige Krise.